

Silvia Staub-Bernasconi
Zentrum für Postgraduale Studien Sozialer Arbeit Berlin
Masterstudiengangleiterin

**„Also die Soziale Arbeit muss sich wahrscheinlich immer weiter entwickeln und politischer werden“
(Barbara Lochbihler, Generalsekretärin von ai, Empfängerin des Alice-Salomon-Award 2008)**

Kurzvortrag anlässlich der Masterfeier 2008

Liebe MasterabsolventInnen,
Liebe PartnerInnen, Verwandte, FreundInnen und Bekannte, und
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Bei der Vorbereitung meines diesjährigen Beitrags zur Masterfeier fiel es mir schwer, nicht auf die aktuelle, weltgesellschaftliche Situation Bezug zu nehmen. Denn: Wer hätte gedacht, dass seit Oktober 2008 - dem Ausbruch der weltweiten Finanzkrise, der Vernichtung von immensen Vermögenswerten, dem Misstrauen aller Banken gegen alle anderen Banken – der Vertrauensbegriff eine ungeahnt neue, weltgesellschaftliche Dimensionen erhalten würde? Kein Zeitungsartikel, keine Stellungnahme ohne die Erwähnung von Vertrauen! – Ein Kernbegriff der Sozialen Arbeit wird plötzlich ungeahnt gesellschaftsfähig! Besonders klar lässt sich Bundeskanzlerin Merkel in ihrer Regierungserklärung zur Finanzkrise vernehmen: „Das Ziel ist, Vertrauen zurückzugeben, Vertrauen zu stärken, denn Vertrauen ist die Währung, in der gezahlt“ wird. (Das Parlament, 13.10.2008:1) Bei der höchst merkwürdig anmutenden Kombination von Vertrauen und Währung wird man zuerst mal stutzig. Sie zeigt aber eindrucklich, wie Denken und Sprache, auch von regierenden PolitikerInnen, ökonomistisch durchsetzt und beherrscht ist.

Uns soll aber die wichtigere Frage beschäftigen: Vertrauen von wem, für wen, wofür und wozu? Soll einmal mehr auf die Selbstregulierungskräfte des Marktes, insbesondere auf die Einsicht der Bankenmanager in die notwendige Redimensionierung ihrer Kontrollorgane, Löhne und Boni vertraut werden? Ist dies nicht geradezu abenteuerlich, wenn man lesen kann, dass es in den letzten Jahren etliche Mahner gab, welche die Krise voraussahen, aber die Banker frisch und fröhlich weitermachten? Oder steht hier viel mehr auf dem Spiel, was bis jetzt nur ganz am Rande thematisiert wurde, nämlich:

Dieweil die öffentliche Hand in den Industrieländern diesseits und jenseits des Atlantiks bis heute bereits über 3000 Mrd. US Dollar mit erschreckend wenig Auflagen in das marode globale Finanzsystem gepumpt hat, wird bei der Finanzierung des Sozialwesens um jeden Euro oder Franken gefeilscht, die Berechtigung dazu mehr und mehr eingeschränkt und Leistungen sowie Einrichtungen des Sozialwesens schrittweise abgebaut.

Dieweil den Aktienbesitzern jahrelang Renditen von 20, 25 und mehr Prozent, den Topmanagern Jahreseinkommen bis zur Milliardenhöhe bezahlt wurden (z.B. 54 Mrd. Dollar für den Chef von Goldman & Sachs, New York), die Wachstumsraten in den Industrienationen aber weniger als 2 Prozent betragen, bezeichnet man die Situation der (Investment)Banken heute als „Zustand wachsender Verwundbarkeit“, ein Begriff der bisher für von Menschenrechtsverletzungen bedrohte Menschen und Gruppen reserviert war.

Dieweil Finanzjongleure massenhaft sogenannte „Giftpapiere“ - ein unappetitlicher Cocktail aus verschiedenen Schuldenpapieren - verkauften und als Börsenhelden gefeiert sowie mit Boni in Millionen- und Milliardenhöhe belohnt wurden; dieweil es in der Wirtschaftswelt massenhaft Einkommen und Reichtum ohne Leistung gibt (Kissling 2008), werden SozialhilfeempfängerInnen, die Hilfe ohne Gegenleistung beziehen, öffentlich als potenzielle Sozialschmarotzer denunziert.

Dieweil Topbanker am Weltwirtschaftsforum in Davos – wie man einem Interview mit dem WEF-Gründer Schwab entnehmen kann - nicht über die Wirtschaft diskutieren, sondern sich in den teuersten Luxushotels an rauschenden Parties - „gutes Essen und Weiber“ verlustigen (das Blog-Bekenntnis eines „Amis der Credit Suisse“ in New York) - und die Schweizer Steuerzahler mit Unsummen den Polizeischutz des Davoser Weltforums (WEF) berappen, stehen weltweit viele Arbeitende Arme, Alleinerziehende, Sozialhilfeempfänger, Sans Papiers – nicht nur in der Schweiz - vor der alltäglichen Entscheidung, ob sie entweder auf die Befriedigung der biologischen, der psychischen oder der sozialen und kulturellen Bedürfnisse verzichten

müssen. Sie werden dabei aber nicht durch die Polizei geschützt, sondern mit und auch ohne Verdacht als Sozialbetrüger am Sozialstaat durch Sozialinspektoren, im Klartext Fürsorgepolizisten verfolgt.

Dieweil die lukrativen Offshore-Geschäfte in den Jahresbilanzen der Banken gar nicht auftauchen, müssen sich die KlientInnen in finanzieller Not bis aufs Hemd ausziehen. Und gegenüber denjenigen, die etwas verschweigen, sogenannten intransparent sind oder neuerdings aufgrund verschärfter Verordnungen und Richtlinien die Unterlagen nicht fristgerecht einreichen, wird die sofortige, menschenrechtswidrige Kürzung der Sozialhilfe verordnet (Heger, in: Avenir Social H. 11, 2008:40).

Dieweil die Soziale Arbeit sich seit Jahren dem Deregulierungs-, Spar- und Effizienzdiktat und den mitgelieferten Managementtechniken der neoliberalen Neuen Steuerungsmodelle beugen, ihre Klientel so schnell wie möglich vom (Sozial)Staat befreien muss, rufen die grössten und arrogantesten neoliberalen Hardliner und Plutokraten nach Mami und Papi Staat.

Kurz: Wer in dieser Krise vor allem von Boni, der Gier von Managern und dem Neid der Bevölkerung spricht, braucht eine psychologische Sprache, die zeigt, dass man überhaupt nicht begriffen hat, worum es eigentlich geht:

So stellt sich als erstes die Frage, mit welcher Legitimation heute Soziale Arbeit und ein Teil ihrer Klientel am Pranger stehen, dieweil man – in der Schweiz per NOTrecht - den mehr- bis hundertfach privilegierten, betrügerischen Verkäufern von „toxischen Papieren“ in Windeseile Geld beschafft bzw. garantiert und wir uns überzeugen lassen müssen, dass es dazu keine Alternative gibt. „Sozialstaat für Reiche – rigider Neoliberalismus für die Armen“ lautet der Titel eines Zeitungsartikels (TA 11.11.2008). Aber dies verweist nur auf einen, wenn auch wichtigen Aspekt der Krise. Der andere: Die Krise offenbart das überwunden geglaubte „Strickmuster“ einer feudalen Gesellschaftsordnung, die nach dem Prinzip von Besitzrechten, Vor- und Sonderrechten für die ober(st)en gesellschaftlichen Positionsinhaber und einem Überhang an Pflichten für die Inhaber der untersten gesellschaftlichen Positionen organisiert ist und mithin gemäss einer Doppelmoral für „Oben“ versus „Unten“ funktioniert (Addams 1902). Staatsschutz für den Luxus und die Ausschweifungen einer kleinen Oberschicht, Repression für die Unterschicht. Hier wird des weitern mit einem Schlag eine, einem demokratischen Rechtsstaat unwürdige Haushaltführung und Buchhaltung offenkundig, nämlich nahezu bedingungslose Hilfe für die skrupellosen Konstrukteure der globalen Finanzkrise und andererseits soziale Kontrolle, Repression, Existenzbedrohung für die Klientel Sozialer Arbeit? Um diese Doppelmoral zu verurteilen, braucht es nicht einmal die Menschenrechte. In der Schweiz genügt es, die Präambel der schweizerischen Bundesverfassung in Erinnerung zu rufen. Dort heisst es „... und dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen ... „ – zur Zeit nichts als eine Verhöhnung dieser Aussage!

Diese Finanz- und in der Folge Wirtschaftskrise ist also nicht nur in der Folge eine Vertrauenskrise bezüglich der Freiheit des Marktes, des Neoliberalismus, sondern: sie muss auch als eine Vertrauenskrise gegenüber der Demokratie, der Sozialdemokratie verstanden werden.

2. Fremd- und Selbstkolonisierung der Sozialen Arbeit und ihrer Disziplin durch den Neoliberalismus

Aber: Die für die Soziale Arbeit unangenehme Frage lässt sich bei aller berechtigten Empörung und Kritik nicht vermeiden? Wurde ihr der Neoliberalismus nur aufgezwungen?

- Hat die Soziale Arbeit gemerkt, dass ihre über 100 Jahre entwickelte Fachsprache und Disziplin zu einem grossen Teil durch heute nicht mehr wegzudenkende, ganz neue Begriffswelten und Sprachregelungen verdrängt, das heisst kolonisiert oder gar eliminiert wurde? Kaum ein Fachartikel, der nicht auf vielfältige, teilweise absurde Weise mit dem Begriff „Selbst“ umgeht, d.h. der klar (psycho)soziale Sachverhalte in individualistische Kategorien fasst: Selbstverwirklichung, Selbstwirksamkeit, Selbstmanagement, Selbstverantwortung, Selbstempowerment, usw. Sie alle suggerieren eine fiktive Autonomie, die ohne Bezug auf Mitmenschen und Sozialstrukturen auskommt. Kaum ein Artikel, indem der zentrale Sachverhalt nicht das Etikett „Management“ verpasst bekommt: Geld-, Wissens-, Kultur-, Ehe-, Stress-, Anreiz-, Emotions-, Sex-, Event-, Vertrauens-, Unterstützungs-, Impactmanagement und natürlich nicht mehr Einzelhilfe - wie altmodisch - sondern Casemanagement! Schliesslich ist der Fachdiskurs zusätzlich mit Begriffen wie Outputorientierung, Globalbudgets, Produkte, Anreize, Qualitätsmanagement, Taylorisierung der Arbeitsabläufe usw. durchsetzt.
- Hat die Soziale Arbeit bei der Einführung des *Casemanagement* gemerkt, dass es sich um ein standardisierbares Verfahren der Organisation von Hilfsangeboten handelt, das sich auch für das „Management“ von Versicherten, Patienten, Erwerbslosen usw. eignet und deshalb durch Personen unterschiedlichster Herkunft und Vorbildung verwendet werden kann? In vielen Fällen hat die Soziale

Arbeit damit ihre eigene fachliche Deprofessionalisierung, professionelle Entmachtung oder gar Ersetzung durch billigeres Personal, z.B. mit kaufmännischer Vorbildung eingeleitet.

Der Neoliberalismus als derzeit universelles, „wirtschaftliches Projekt, das mehr Markt, mehr Wettbewerb und mehr individuelle Freiheit durch weniger Staat und weniger Regulierung verwirklichen will“ (Willke 2003, S. 28), ist, um seine Herrschaft in allen Lebensbereichen auszuüben, auf einen sich autonom wählenden, sich selbst managenden Menschen ohne Mitgefühl für andere, ohne Loyalität und Solidarität zu anderen Menschen, ohne Wissen über die (Macht)Struktur und Dynamik von (Welt)Gesellschaft und seine unterschiedliche Abhängigkeit von ihnen angewiesen.

Zur Zeit macht der Begriff des „Leerverkäufers“ die Runde. In der Finanzwelt sind Leerverkäufer Verkäufer von aberwitzig konstruierten Wertpapieren, die sie zum Zeitpunkt des Verkaufs gar nicht besitzen. Der Leerverkauf ist eine reine Konstruktion, hat also jeden direkten Bezug zum realen Produkt verloren (vgl. hierzu auch Altwater 2008). Um nicht missverstanden zu werden: Betriebswirtschaftliche Sprache, Begriffe und Tools sind legitim, wenn es sich um professionelles Management von sozialen Organisationen handelt. Als Fachbegriffe für eine Sozialarbeitswissenschaft sind sie in einem bildlichen Sinn „Leerverkäufe“. Auch sie haben keinen Bezug zur Realität der Sozialen Arbeit, der sozialen Probleme, der AdressatInnen und ihres gesellschaftlichen Umfeldes. Und sie haben zu Tiefpunkten geführt, die zum Nachdenken zwingen müssen: So wurde an einer Tagung gesagt, dass es die Aufgabe des Jugendamtes sei, Geld zu sparen. Eine Sozialarbeiterin in der Sozialhilfe gibt zu Protokoll, dass die Sozialinspektoren (Fürsorgepolizisten) eine grosse Hilfe sowie eine Legitimation ihrer Arbeit seien. (Avenir Social, 2008, 11, S. 41) Ein Student, der, als man ihn fragte, warum er denn nicht Soziale Arbeit studiere, sagte: Nein, das werde ich nicht tun, weil ich es mit Menschen und nicht mit administrativen Abläufen zu tun haben möchte!

3. Nach diesem Tiefpunkt ein kleiner Ausflug in die Philosophie

Ich denke, dass diejenigen Politiker, Sozialpolitiker, Wirtschaftsführer, welche die Formel „Fördern und Fordern“ entworfen haben, so meine These, Null Bewusstsein dafür hatten, auf welchem Privilegienniveau sie schweben und inwiefern der Glaube an den eigenen Willen, an Freiheit, autonomer Lebensgestaltung ein Heer von unsichtbaren Helferinnen und Helfern voraussetzt, die direkt oder indirekt dafür garantieren, dass ihnen nichts wirklich Schlimmes passiert (Sennett 2004, S. 47f.) Sie gehen deshalb verständlicherweise davon aus, dass „Wenn ich das kann, warum du nicht? Streng Dich an, entwickle einen festen Willen und dann geht alles von selber!“

Der Soziologe Richard Sennett (2004) in seiner feinsinnigen Analyse der heutigen Sozialen Arbeit und Sozialhilfe – seine Mutter war Sozialarbeiterin in einem Stadtteil von Chicago - verweist auf philosophische Hintergründe, die jede Form von Abhängigkeit vom Staat ausschliesslich als Problem denunziert: Ihm zufolge geht die zum spezifisch westlichen, liberalen Denken gehörende Vorstellung, dass Abhängigkeit demütigend und unwürdig sei, u.a. auf *Immanuel Kant (1724-1804)* zurück. Dieser hat Aufklärung und mithin Mündigkeit des Individuums als *Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit* definiert. Dadurch wird Abhängigkeit zu einem unvollkommenen, defizitären Zustand, der für ein Kind normal, aber für einen Erwachsenen abnormal ist. So definierte man auch Frauen als halbwüchsige, unmündige Kinder, mit einem naturgegebenen Unvermögen, sich ihres eigenen Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Dies rechtfertigte es, sie deshalb in allen Belangen des Lebens unter die gesetzlich verankerte Vormundschaft des Mannes zu stellen. Dazu kommt: wer erwachsen ist, kann und darf nicht wieder zum abhängigen Kind werden, also regedieren.

Die politische Philosophie des Liberalismus übertrug diese Vorstellung auf den Sozialstaat, was hiess und heisst, dass Abhängigkeit und insbesondere Abhängigkeit vom Staat erwachsene Menschen dazu bringt, sich wie Kinder zu verhalten, was Kant zufolge ein selbstverschuldetes Verhalten darstellt. Sennett nennt es die *Infantilisierungsthese* der heutigen, neoliberalen Sozialstaatsreformer. Damit werden Kindheit und Erwachsensein, Unreife und Reife, Natur und Verstand zu festen politischen Kategorien und der Unterschied zwischen beiden liegt jeweils in der Abhängigkeit resp. Autonomie. (S. 130) Daraus ergab sich zusätzlich die Vorstellung, dass man letztlich ein Unrecht begeht, wenn man sich persönlich um erwachsene, abhängige Menschen kümmert, anstatt sie so schnell wie möglich vom Staat zu befreien. Auch für *John Locke (1632-1704)*, ein Hauptvertreter der britischen Aufklärung, macht das autonome rationale Urteil den Erwachsenen aus. So ist der Höfling, der sich am Königshof auf Kosten des Volkes verlustigt (man erinnere sich an das WEF), zu verachten, weil er ein Parasit ist; der Bürger ist hingegen ehrenwert, weil er für sich selbst sorgt. Das liberale Verständnis von Mündigkeit betont den ständigen Kampf um Autonomie als Selbstbestimmung. (S. 131f.) Dies erklärt die Verbreitung der „Selbst-Vorstellung“ als beherrschende Sprachregelung. Neoliberale Sozialpolitik hat diese Vorstellungen noch extrem verstärkt. Arbeitssuche und -integration muss auch dann noch durchgehalten werden, wenn es keine Lehrstellen und Arbeitsplätze gibt. So können

Unproduktive bis heute weder auf Respekt noch Mitleid zählen. Wenn der Almosenempfänger oder die Migrantin sagt: ‚Ich kann nicht‘, beispielsweise weil sie jede Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Situation aufgegeben haben, auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert wurden, weil sie an einer Depression, einem posttraumatischen Syndrom erkrankt sind, denkt der Geber: ‚Du willst nicht‘.

Das Paradox: Sozialarbeitende kritisieren mehr oder weniger vehement den Neoliberalismus, praktizieren ihn jedoch in mehr oder weniger reiner Form, wenn sie nur nach dem Willen der Klienten fragen, Ziele vereinbaren, knappe Ressourcen bereitstellen, beim Versagen, die Vereinbarungen umzusetzen, mit Sanktionen aufwarten und in erster Linie den Auftrag erfüllen, die Klientel mittels standardisierter „Abfertigungsverfahren“ so schnell wie möglich vom Staat zu befreien. Eine Untersuchung zeigt, dass im Vergleich zur Ärzte-, Lehrerschaft und den Pflegekräften der Neoliberalismus in der Sozialen Arbeit am einflussreichsten war (Exworthy et al. 1999).

Trotz all dieser vermutlich kaum vorausgesehenen, gesellschaftlichen Folgen des historisch-philosophischen Liberalismus dürfen die Errungenschaften der Aufklärung und Französischen Revolution, die Befreiung aus despotischen, ausbeuterischen, monarchischen wie kirchlichen Machtverhältnissen – vorbereitet durch viele philosophische VordenkerInnen und blutig erkämpft in vielen kleinen und grossen sozialen Bewegungen nicht vergessen werden. Was wir aber heute haben, ist eine pervertierte Version der grossen alten liberalen philosophischen Ideen durch einen rein ökonomistisch verengten Wirtschaftsliberalismus, der nur noch für die Freiheit des Marktes eintritt, von notleidenden Aktien und verletzbaren Bankinstituten spricht und die Sorge um die realen Nöte verletzbarer Menschen theoretisch, gesetzlich und technokratisch wegrainiert.

4. Was folgt aus diesem Exkurs für die Frage der Menschenrechte und die im Titel enthaltene Aufforderung von Barbara Lochbihler?

Die Sozialrechte, die gesellschaftlich, politisch und teilweise auch im Sozialwesen einen schweren Stand haben, müssen theoretisch, normativ und argumentativ viel enger als bisher mit den Freiheitsrechten des Liberalismus verknüpft werden. Es gibt dazu Vorstellungen: Krennerich (2007) hat sie beispielsweise in seinem sehr lesenswerten Artikel „Sozialrechte sind Freiheitsrechte“ - wie es sich für westliche, liberale Ohren gehört -, in Freiheitsrechte umdefiniert. Dies tat auch Roosevelt, als er von „Freiheit von Not“ sprach. Aber wenn sie wirklich „nur“ Freiheitsrechte wären, hätte sie der Wirtschafts(neo)liberalismus schon längst entdeckt und für sich instrumentalisiert. Aber sein Menschenbild, seine Verachtung von Abhängigkeit jeglicher Art und insbesondere vom Sozialstaat wird ihn daran hindern. Sozialrechte sind vielmehr in erster Linie *Sorgerechte, Rechte auf Fürsorglichkeit*, auch oder erst recht als Erwachsener. Sie stellen die liberalen Freiheitsrechte nicht in Frage, sondern müssen sie ergänzen, so wie das Bild des pseudo-autonomen, nur imaginiär selbstgesteuerten Individuums durch ein Menschenbild ergänzt werden muss, das die soziale Abhängigkeit von Tausenden von Menschen weltweit – auch und erst recht als Erwachsener – als konstitutiv für Menschlichkeit und Soziale Arbeit definiert. Es muss also von einem Menschenbild ausgegangen werden, das die grundsätzliche, faktische Abhängigkeit des Menschen von der Gesellschaft, ihren multiplen sozialen Systemen für sein Überleben und ebenso für „gutes“ oder „gelingendes Leben“ anerkennt, aber immer mit der Frage verbindet, wie deren Struktur(en) beschaffen sein müssen, um ihm die Befriedigung sowohl seiner Freiheits-, als auch Obhuts- und Schutzbedürfnisse zu ermöglichen. Und da können wir von anderen Gesellschaften und deren Kulturen und Subkulturen wie von Zugewanderten einiges lernen.

An einem solchen Festtag scheint es mir aber unangebracht, Sie mit einem Korb voll politischer Forderungen zu verabschieden, ohne ihre jetzige und künftige Arbeitssituation und Handlungsspielräume sehr genau zu kennen. Dennoch möchte ich auf folgende, mögliche Aktionslinien hinweisen:

Soziale Arbeit muss sich vom Misstrauensdiskurs auf der Basis eines neu-alten Verständnisses von Abhängigkeit bzw. sorgfältiger, diagnostisch begründeter Begleitung in eine relative Unabhängigkeit oder in eine partielle (Un)Abhängigkeit befreien. Sie wird deshalb dezidiert das gleiche Vertrauen für ihre Klientel, insbesondere SozialhilfeempfängerInnen einfordern müssen, das Politik und Wirtschaft zur Zeit von den (Wirtschafts)BürgerInnen und SteuerzahlerInnen für die verschuldeten Bankrotteure einfordert. Grundsätzliches Vertrauen bis zum empirisch einwandfrei feststellbaren Vertrauensbruch muss wieder ausnahmslos zur obersten Leitlinie jeder Begegnung zwischen Sozialarbeitenden und ihren AdressatInnen werden. Die Klagen über den Sparzwang, die zu grossen Fallzahlen, die betriebswirtschaftlichen Vorgaben, die keine professionelle Soziale Arbeit mehr erlauben, verdecken die „strukturell erzwungene Pfscharbeit“ in der Sozialen Arbeit, die man – trotz Sparzwang - keinem Arzt, Architekten, Psychologen usw. durchgehen lassen würde. Diese von Trägern oder/und der Politik verordnete, teilweise menschenrechtsverletzende Pfscharbeit muss transparent, dokumentiert und in die Verantwortung der PolitikerInnen zurückgegeben werden. Es gibt dafür erfolgreiche Beispiele. Aber Voraussetzung dazu ist ein klares Professionsverständnis Sozialer Arbeit, das zur Zeit keineswegs selbstverständlich ist (Staub-Bernasconi 2008, 2009) .

Was des weitern ansteht, ist ein Parallelbericht von NGOs zum Staatenbericht der Bundesregierung über Sozialrechte. Ich denke, dass dies eine grosse Chance ist, die SozialarbeiterInnen unbedingt nutzen sollten, um an einem wichtigen Beispiel das einzulösen, was fast in jeder Masterarbeit steht, nämlich die Forderung, sich öffentlich vernehmen zu lassen.

Dann gibt es eine Projektgruppe von AbsolventInnen aus der Schweiz, die im Rahmen des Schweizerischen Berufsverbandes „Avenir Social“ einen Anlauf nimmt, die Schweiz im UNO-Jahr des Menschenrechtslernens endlich zur Ratifizierung der revidierten Sozialcharta zu bewegen. (Keel 2008). Das ist gewiss Erfreuliches, sogar dann, wenn das Parlament nicht zustimmt. PolitikerInnen und Öffentlichkeit hätten zumindest das Thema der Sozialrechte „wieder einmal“ diskutieren müssen; und eine Ablehnung wäre wohl im Jahr 2009, wo die Schweiz das Europarats-Präsidium innehat, innen-, aber wohl vor allem aussenpolitisch ein Prestigeverlust.

Nach diesen konkreten sozialen Engagementmöglichkeiten gebe ich einfach diejenigen Handlungsleitlinien von Barbara Lochbihler weiter, die ich - aufgrund von Gesprächen mit ihr und engsten Vertrauten und Begleiterinnen sowie einem Interview von Ingo Stamm (2008), das in seiner Masterarbeit nachzulesen ist -, über ihre Arbeit bei der WILPF (Women's International League for Peace and Freedom) und bei Amnesty International wie folgt zusammenfasse: Es sind keine Forderungen, sondern Wünsche für einen aufrechten Gang, der hoffentlich auch von alten und neuen Freundschaften sowie professionellen Netzwerken – u.a. aus AbsolventInnen dieses Masterstudiengangs - begleitet wird:

- Ich kann nicht anders, als zu meiner Meinung zu stehen, auch wenn ich weiss, dass ich angegriffen werde, harte Kritik entgegennehmen muss! Im Rahmen von Menschenrechtsarbeit heisst dies Zivilcourage, nicht müde werden, immer wieder von Neuem den Menschen im Würgegriff anderer Menschen, ihrer Strukturen und Gesetze anzuprangern und laut zu sagen, was ist.
- Man muss immer beides, die Würde des Individuums schützen oder wieder herstellen und die gesellschaftsstrukturellen Probleme angehen und das heisst, dass wenn diese von der Sozialen Arbeit professionsethisch unbearbeitbar sind, muss man sie der Politik zurückgeben.
- Keine Ethik und Moral, auch keine politische oder Menschenrechtsethik ohne faktische, empirische Wissensbasis.
- Um eine Forderung durchzusetzen, braucht es Verbündete.
- Auch Täter, insbesondere die Staaten/Regierungen, aber auch die Wirtschaft/Banken als Täter, sind lernfähig. (Bei letzteren sind Zweifel angebracht, aber ich gebe Deutschland in dieser Hinsicht die grösseren Chancen als der Schweiz!)
- Und schliesslich ihr selbstgewähltes Motto: „Mein Leben und meine Arbeit bestehen aus Einmischung“!

Ihr gelinge es nicht immer, mit Wut und Trauer über das Elend der Welt (ein Buchtitel von Bourdieu) rational umzugehen. Aber, so Barbara Lochbihler: Ich bin sehr dankbar dafür, dass mir viele Menschen zeigten, „wie wichtig es ist, immer wieder genau hinzusehen, die Ursachen von Konflikten zu analysieren, zu bewerten und an deren Überwindung solidarisch und weltweit zu arbeiten.“ (persönliche Korrespondenz) – Was m.a.W. heisst: Keine Einmischung ohne Wissensgrundlage!

Ich schliesse mit einem auf die heutige Situation leicht angepassten Zitat aus dem 17. Jahrhundert: „*Diesmal möchte ich nur erklären, wie es geschehen kann, dass so viele Menschen ... einen einzigen Tyrannen (den Neoliberalismus) erdulden, der nicht mehr Macht hat, als sie ihm (demokratisch) verleihen, der ihnen nur so weit zu schaden vermag, als sie es zu dulden bereit sind, der nichts Übles zufügen könnte, wenn sie es nicht lieber erlitten, als sich ihm zu widersetzen*“ („Freiwillige Knechtschaft“, Etienne de la Boétie, zit. in Richard Sennett 2004, S. 133)

Literatur

Addams, Jane (1902): Democracy and Social Ethics, Macmillan, New York

Altwater, Elmar (2008): Das neoliberale Entwicklungsmodell wird in der Finanzkrise geopfert, der Kapitalismus nicht, 11. November 2008, www.hintergrund.de/content/view/297/64/

Exworthy Mark/Halford Susan (Eds.) (1999): Professionals and the New Managerialism in the Public Sector, Buckingham/Philadelphia.

Heger, Susanne (2008): „Freundliche Zone“ – Sozialdienst mal anders – Sarah Baumann vertritt im Sozialdienst Bern-West eine ressourcenorientierte Klientenarbeit, In: SozialAktuell, Nr. 11, 40-41

Keel, Bruno (2008): Rechtlich möglich, politisch umstritten. Zwischenbericht der Arbeitsgruppe Sozialcharta zum Projekt „Ratifizierung der europäischen Sozialcharta“, In: AvenirSocial 12:48-49

Kissling, Hans (2008): Reichtum ohne Leistung – Die Feudalisierung der Schweiz, Zürich/Chur

Sennett, Richard (2004): Respekt im Zeitalter der Ungleichheit, Berlin

Stamm, Ingo (2008): Der Stellenwert der sozialen Menschenrechte in der zivilgesellschaftlichen Menschenrechtsarbeit in Deutschland und die Rolle der Sozialen Arbeit, Masterarbeit am Zentrum für Postgraduale Studien in Sozialer Arbeit Berlin, Berlin

Staub-Bernasconi, Silvia (2008): Macht in der Sozialen Arbeit, In: Budowski, M./Nollert, M. (Hg.): Macht, Herrschaft und Gewalt, Universitätsverlag Freiburg, Freiburg

Staub-Bernasconi, Silvia (2009): Der Professionalisierungsdiskurs zur Sozialen Arbeit (SA/SP) im deutschsprachigen Kontext im Spiegel internationaler Ausbildungsstandards, In: Becker-Lenz, R./Busse, S./Ehlert, G./Müller, S. (Hg): Professionalität und Professionalisierung in der Sozialen Arbeit. Standpunkte – Kontroversen – Perspektiven. Wiesbaden (im Druck)

Willke, Helmut (2003): Neoliberalismus, Campus, Frankfurt/New York